

# Studien- und Forschungsarbeiten über Bologna

Eine Sammelbesprechung deutscher, französischer und niederländischer Arbeiten

Die nachfolgende Sammelbesprechung von Publikationen über Bologna durch einen an der Universität von Bologna arbeitenden Kollegen erschien zuerst in der Nr. 17/18 (Oktober 1977) der italienischen Zeitschrift „la ricerca sociale“. Außer der „üblichen“ informierenden und Diskussion anregenden Funktion von Buchbesprechungen könnte sie darüber hinaus noch unter dem Aspekt von Interesse sein, einmal zu erfahren, wie die ausländischen Analysen, „Einschätzungen“ und „Modellierungen“ Bolognas von Aktiven auf wissenschaftlichem wie politischem Gebiet in dieser Stadt selbst bewertet werden.

Besprochen werden:

- M. Jäggi, R. Müller, S. Schmidt: „Das rote Bologna“, Zürich 1975 (im Italienischen: „Bologna rossa“, Feltrinelli, Milano 1976)
- A. Evers, J. Rodriguez-Lores (Hrsg.), „Sozialorientierte Stadterhaltung als politischer Prozeß, Praxisberichte und Analysen zu Reformprojekten in Bologna und ausgewählten deutschen Städten“, Köln 1976, Verlag W. Kohlhammer, Reihe „Politik und Planung“.
- I. Tömmel, „Planungspolitik als praktische Kritik des Agglomerationsprozesses“, in: Kuchler/Müller/Tömmel (Hrsg.) „Stadtentwicklungsprozeß, Stadtentwicklungschancen. Planung in Berlin, Bologna und der VR China“, Göttingen 1976, Geographische Hochschulmanuskripte
- P. Boigontier, A. Tauveron, „De Grenoble à Bologna“, Grenoble 1976.
- Subfakulteit Sociale Geografie, „Italia – Stadsvernieuwing in Bologna & Napels“, Universiteit Amsterdam 1976.

In den letzten Jahren war Bologna zweifellos eines der städtischen „Phänomene“, das die Aufmerksamkeit der europäischen Forscher und Gelehrten am meisten auf sich gezogen hat.<sup>1</sup> Nach der Veröffentlichung und den ersten Realisationen des PEEP (des Plans für den sozialen Wohnungsbau) im historischen Zentrum, erstreckte sich diese Aufmerksamkeit zunehmend auf breite Kreise von Soziologen, Urbanisten, Geographen u.a.m. Auf internationaler Ebene ist Bologna zu so etwas wie dem Symbol für eine bestimmte Art der Parteinahme geworden: wer über Bologna gut sprach, oder einfach sprach, wer auch nur mit einem Minimum an Kenntnissen eine wissenschaftliche Arbeit darüber anfertigte, der wurde vor allem in Ländern wie der Bundesrepublik mit ihren besonderen politischen Verhärtungen sofort etikettiert: er müsse doch für das „Andere“,

für die Alternative, für die Linke, ja, vielleicht sogar für den Kommunismus sein; umgekehrt haben aber auch einige dieser „Anders-Denker“, einige linke Intellektuelle, aus Bologna den Garibaldi der Urbanistik, die Fahne des endlich realisierten Sozialismus gemacht, unter der sie ihren eigenen Kampf führen wollten.

Aber nicht nur für die Ideologien, auch für die technokratischen Empiristen Westeuropas ist Bologna ein Argument für den eigenen Kampf gewesen: sie stürzten sich ihrerseits vor allem auf die bislang tatsächlich realisierten Planungen und Objekte, wogen sie ab nach Kubikmetern oder Kindergartenplätzen, um zu sehen, ob das Bologneser Modell ein Paradebeispiel von guter Stadtverwaltung abgäbe, exportfähig in jede Situation von der Antarktis bis Gibraltar.

Diese Situation bestand solange, bis „entdeckt“ wurde, daß auf der Ebene der Ideologien die urbanistische Kultur Europas unwiderruflich in zwei Lager gespalten ist: auf der einen Seite das der Verfechter des geheiligten Privateigentums und auf der anderen Seite das der Vorkämpfer der Enteignung als eines Instruments, das von einer linken Kommune in exemplarischer Weise angewandt werden könnte (wobei aber vielleicht bislang vergessen worden ist, zu untersuchen, in welchem Maße das Instrument tatsächlich angewandt wurde); aber auch auf der Ebene der technischen Planung hat sich die Hypothese durchgesetzt, daß eigentlich alles klar sei: Bologna ist eine Stadtverwaltung mit etwas Defizit in der Zahlungsbilanz, welches jedoch vom sozialen Standpunkt aus durchaus gerechtfertigt erscheint. Es weist darüber hinaus auch einige positive (bauliche) Erfolge auf, selbst wenn diese weit hinter den Erwartungen zurückblieben.

Man hätte also erwarten können, daß das Jahr 1976, in dem die internationale Papierproduktion über Bologna ihren Höhepunkt erreichte, zugleich eine Wende mit sich bringen würde: nämlich daß eine Stadt, von der man mittlerweile alles wußte, langsam aber unwiderruflich aus dem Mittelpunkt des Interesses verschwinden würde. Es schien der Augenblick gekommen zu sein, um die Aufmerksamkeit der Planungspolitik von anderen großen Kommunen zuzuwenden, in denen nunmehr die Linke regiert. Unsicher schien lediglich noch, auf welche neue Stadt die Wahl fallen sollte. Für die Analytiker des Evidenten war alles klar: Bologna, eine sympathische Stadt der Avantgarde, oder ein unsympathischer Klassenprimus – aber in jedem Fall doch ein

Bologna, das als Vorbild von Ausgewogenheit und sozialem Frieden in Ruhe zu den Akten gelegt werden konnte.

Die Ereignisse des März 1977 in Bologna bewiesen jedoch etwas anderes: wer so raisonnierte, hatte nicht mehr soziologische Phantasie gezeigt, als jene Soziologen, die auch am Vorabend des französischen Mai 68 an der Wirklichkeit vorbei theoretisiert hatten. Nun, eine tiefgreifende Analyse ist im Rahmen der hier beabsichtigten Buchbesprechung nicht möglich; begnügen wir uns deshalb mit einigen Hinweisen: die März-Ereignisse (also die Revolte der Studenten an der Bologneser Universität und ihr Übergreifen auf die gesamte Stadt) haben gezeigt, daß die Situation Bolognas eine Fülle von Widersprüchen in sich birgt, daß in diesem räumlichen Kontext doch Probleme enthalten sind, die man sonst nur aus anderen Städten kannte. Mit anderen Worten: die Stadt Bologna – und das haben zum Verdruß der akademische Denker schon einige andere gesagt – ist keine rote Insel und sie war es auch nicht zu den Zeiten, als sie innerhalb Italiens noch als eine solche erscheinen konnte.

Diese Vorüberlegungen erschienen uns notwendig, um die Lektüre der ausländischen Veröffentlichungen über den Fall Bologna einzuleiten, von denen im folgenden die Rede sein soll – enthalten sie doch schon Analysen, Überlegungen und Intentionen, die von denen, die wir eben kritisierten, deutlich abweichen. Sie sprengen den Rahmen der nutzlosen, ideologisch oder empiristisch begründeten Streitereien (ob das Modell nun gut oder schlecht sei, ob viel oder wenig gebaut sei); stattdessen versuchen sie, die realen Widersprüche zu erfassen, die Ansätze eines neuen dialektischen Verhältnisses zwischen den politischen und den sozialen Kräften in Bologna und seiner Umgebung.

Leider müssen wir gleich hier am Anfang sagen, daß „Das Rote Bologna“ nicht zu diesen Arbeiten gehört, ein Buch, das eine Gruppe politisch engagierter Journalisten aus Zürich in Italien geschrieben hat. Es handelt sich um eine Art „Manifest“ für Bologna als eine der am besten organisierten Städte Europas, reich an Photographien und anderen Dokumentationen, nunmehr auch in einer italienischen Übersetzung herausgegeben. Dieses Buch müßte eigentlich zweifellos dem Typus von Propagandaschriften zugerechnet werden, von denen oben die Rede war. Die Konditionalform benutzen wir hier nur aus einem einzigen Grund: der dezidiert journalistische Tenor, die einfach ge-



haltene Sprache ermöglichen eine große Verständlichkeit, die sogar die engen wissenschaftlichen Grenzen akzeptabel erscheinen lassen. Ob dieses Buch tatsächlich auch als eine Art Manifest geplant war, darüber läßt wiederum eine gewisse Naivität der Schilderung Zweifel aufkommen. Es bleibt abzuwarten, ob die Absicht, hier etwas breit bekanntzumachen, die in der Schweiz wohl ein entscheidender Grund für die Publikation des Buches war, auch seine italienische Herausgabe rechtfertigt.

Anders verhält es sich mit den Beiträgen von Wissenschaftlern aus Amsterdam und Grenoble. Die erste Arbeit, zentriert um Probleme der Stadterneuerung in Bologna und Neapel (obgleich sie sich real mit den Problemen Neapels nur wenig beschäftigt) besteht aus einer Sammlung von zu einem großen Teil ausreichenden Materialien, die die Arbeitsergebnisse einer Reise von annähernd 40 Studenten und Dozenten von der *Fakultät für Sozialgeographie der Universität Amsterdam* darstellen. Es handelt sich hauptsächlich um eine Sammlung von Statistiken, Daten und Interviews, die, auch wenn sie etwas ungeordnet erscheinen, doch mit einigen interessanten Anmerkungen versehen sind. Hauptsächlich bezogen auf die Probleme des Wohnens werden hier die Konsequenzen aus den hohen Mieten deutlich herausgearbeitet: daß für breite Teile der Bevölkerung eine Wohnung zu niedrigem Preis nicht zugänglich wird, wenn solche Wohnungen nicht aus dem Marktmechanismus herausgenommen werden, und daß die tatsächliche Befriedigung vorhandener Wohnbedürfnisse unmöglich ist, solange aufgrund der großen finanziellen Schwierigkeiten der Kommune ihre baulichen Realisierungsmöglichkeiten eng begrenzt sind. Besonders hervorgehoben werden in dieser Arbeit übrigens die miserablen Wohnverhältnisse der Studenten, ein Problem, das in anderen ausländischen Arbeiten nie sonderliche Beachtung gefunden hat. Die Arbeit leidet unter einer gewissen Flüchtigkeit. Daraus ergeben sich nicht nur manche Ungenauigkeiten, sondern auch die mangelhafte Herausarbeitung gerade der Lösungsansätze, die durchgängig ein Charakteristikum der Stadtplanungspolitik der Kommune Bologna bilden; als Beispiel sei hier etwa die Beharrlichkeit bei der Durchsetzung von Entscheidungen angeführt, zur Verringerung der durch die Öffentlichkeit zu tragenden sozialen Kosten beizutragen, ein Wille und eine Absicht, die – sehen wir einmal von den Nachkriegs- und den 50er Jahren ab – durchaus nicht immer mit der These von der Notwendigkeit des ausgeglichenen kommunalen Finanzhaushalts verknüpft war.

Auch die Erhebungen von *Sozialwissenschaftlern der Universität Grenoble* über den öffentlichen Nahverkehr sind Ergebnisse einer Reise nach Bologna, wenn auch Methodik und Intention hier anders geartet sind. Die Methodik besteht in einer breit angelegten Anwendung der Video-Technik und einer ungewöhnlichen

Art der Vertiefung der dabei gewonnenen Erkenntnisse, in einer *Art von kombinierter Forschung und Aktion*. Man verzichtet hier weitgehend auf statistisches Material zugunsten der Auswertung audiovisuell gewonnenen Materials und einer sich daran anschließenden mosaikartig zusammengestellten Sammlung von Aufsätzen bekannter Persönlichkeiten, die an einem von den Sozialwissenschaftlern extra veranstalteten Kolloquium teilnahmen. Der Anspruch auf Ausführlichkeit und technische Perfektion wird hier zugunsten von Elementen alternativer Umfragetechniken zurückgestellt; das, was dabei zutage tritt, unterscheidet sich oft in erstaunlichem Maße von den Interpretationen, die uns bislang sowohl von seiten der Mehrheit wie der Minderheit des Bologneser Stadtrates geläufig sind.

Die Forschungsgruppe (gefördert vom französischen Ministerium für Infrastruktur und der Abteilung für Sozialwissenschaften der Universität Grenoble), ist von der Analyse des Problems des öffentlichen Nahverkehrs im Gebiet von Grenoble ausgegangen. Die Gruppe erklärt festgestellt zu haben, daß es unmöglich ist, sich leichten Fußes auf ein Gebiet zu begeben, auf dem zwei Gefahren lauern können: zum einen die Gefahr, als – von Giscard – bezahlte linksextreme Provokateure zu gelten, wenn sie kritisieren, was die Kommune Grenoble auf dem erwähnten Gebiet bislang unternommen hat; zum anderen, sich den Widersprüchen der parlamentarischen Linken im Gebiet von Grenoble beugen und unterordnen zu müssen; (resultierend aus einer Aufspaltung bei der Machtausübung innerhalb der Union der Linken, insofern in Grenoble selbst die Sozialisten, in den umliegenden Kommunen aber die Kommunisten regieren, wobei außerdem noch die Stadtplanungspolitik der verschiedenen PCF-regierten Kommunen erheblich divergieren).

Aus diesen Gründen schien es ihnen vorteilhaft, eine andere durch die Linke bestimmte Realität, eben die Bolognas aufzuarbeiten, die vielleicht Arten von Widersprüchen aufweist, welche denen in Grenoble ähneln; deren Analyse, erst einmal reimportiert nach Frankreich und mit dem Markenzeichen „made in Italy“ versehen, kann dann mit mehr Ruhe und weniger reaktiv aufgenommen werden.

Im Werdegang dieser originellen Arbeit werden im Vergleich zu traditionellen Forschungsarbeiten neue Elemente aufgenommen – auch wenn einer solchen Arbeit Grenzen der „Wissenschaftlichkeit“ gesetzt sind, die die Autoren von vornherein erkannten. Die von uns hier erwähnten Punkte müssen nicht die augenfälligsten an der genannten Arbeit sein – sie tragen jedoch entscheidend zu der originellen Reflexion und dem perspektivisch tiefergreifenden Verständnis der Bologneser Erfahrung bei. Insbesondere wird in dieser Arbeit die Spezifität der Bologneser Politik des „deficit spending“ herausgearbeitet, die durch den dauernden politischen Konflikt mit dem Zentralstaat gekennzeichnet ist, eine Tatsache, die bei den Theoretikern

des „guten Verwaltens“ gerne übersehen wird; „man kann sich kein besseres Beispiel vorstellen, für eine Politik, die in dieser Auseinandersetzung immer wieder vollendete Tatsachen zu schaffen sucht, die darum bemüht ist, die Kommune politisch zu führen und nicht nur im traditionellen Sinne des Wortes zu verwalten“ (S. 27). Typisch für diese nicht servile Analyse der sich immer wieder neu strukturierenden Realität Bolognas ist es, daß sie an denen (auch innerhalb der europäischen Linken) Kritik übt, die zuallererst in Bologna so etwas wie ein Allheilmittel gefunden zu haben glauben – um dann, konfrontiert mit den Grenzen der hier gemachten Erfahrungen, rasch auf den Standpunkt derer zurückzufallen, die ein Alibi für ihren eigenen Immobilismus suchen (nach dem Motto: wenn das Allheilmittel nicht wirkt, ist der Kranke unheilbar und es ist besser, ihn seinem Schicksal zu überlassen, also, auf alle Möglichkeiten innovativer Experimente zu verzichten).

Ohne hier an der Kreativität der französischen Forscher zweifeln zu wollen, so scheint es doch so, als käme der am meisten organische Beitrag des Auslandes zum Verständnis der Bologneser Realität von Autoren deutscher Sprache.

Im Fall der Wissenschaftler der RWTH Aachen besteht das grundlegende Motiv darin, zu versuchen, den politischen Charakter eines Planungsprozesses zu enthüllen, der vor allem mittels *Partizipation* und *Dezentralisierung* durchzuführen versucht wird. Für den italienischen Wissenschaftler mag diese Problematik obsolet erscheinen; er muß wohl gegenwärtig seinen ganzen analytischen Scharfblick auf die Raffinessen der herrschenden Macht richten, die in Psalmen auf die Partizipation jeden offenen Ausdruck des Konfliktes zu kanalisieren sucht, Psalmen, die jeweils im Ruhm des ratifizierten Konsensus kulminieren.

Die Behandlung dieser Problematik ist aber unverzichtbar, wenn wir uns das in Erinnerung rufen, was wir oben in bezug auf das Hin- und Herpendeln der europäischen Bologna-Debatte zwischen dem rein Ideologischen und nur Technizistischen sagten. Diese Debatte ist nämlich fast immer unfähig, die Bezüge und Vermittlungen zu erfassen, die zwischen der Formulierung allgemeiner Prinzipien und den einzelnen praktischen Eingriffen liegen. Das führt dann zur beständigen Unterschätzung der komplexen Hypothesen, die einer solchen vermittelnden Anstrengung zugrundeliegen, sowie der Projekte und Arbeitshypothesen, die daraus hervorgehen; es führt zu einer Fehleinschätzung der Modalitäten, unter denen bestimmte Realisierungsschritte praktisch ausgeführt werden können.

Diesen Prozeß zu erklären, das Netz der Knoten zu entwirren, in das man sich verfangen kann, bedeutet, den Sinn und die Beziehung dabei auftretender Widersprüche aufzudecken. Tut man das nicht, dann läuft man in Gefahr, sie bloß als Resultat eines zweideutigen politischen Willens oder als mysteriösen Aus-



druck eines unentwirrbaren und unerklärbaren bürokratischen Apparats zu interpretieren.

Die Artikel sind in einem Band enthalten, der die Ereignisse eines Kongresses über Probleme der Planung und Dezentralisierung in der BRD und Bologna zusammenfaßt. Die dort vorgenommene Konfrontation zwischen der Illustrierung der Bologneser Problematik (durch Wissenschaftler und Planungspraktiker aus Bologna selbst) und dem Versuch einer Bestandsaufnahme der bisher in der BRD erreichten Ebenen der Realisierung sozialorientierter Stadterhaltung machte auch die einleitende Erklärung der Herausgeber für die deutschen Leser erforderlich. Es entsteht die Notwendigkeit, eine Brücke zu schlagen zwischen den quantitativ und qualitativ begrenzten Erfahrungen der Bürgerinitiativen (in der BRD) und dem weitergehenden grundsätzlichen Problem der Eindämmung eines verschwenderischen sozialen Entwicklungsmodells (wie es sich in Italien stellt). Bei letzterem handelt es sich um die Aufgabe, in kollektiver Selbstverwaltung einen bislang laufenden Prozeß umzukehren, in dem die natürlichen Reichtümer sich in privatem Besitz befinden, obwohl sie doch eigentlich allen gehören und in dem ein von allen geschaffener Reichtum schließlich in der Form sozialer Dienstleistungen allen wieder zugute kommen muß. In der bundesrepublikanischen Situation handelt es sich nun noch weitgehend um lokal beschränkte Forderungen, abgegrenzte partikulare Ziele gegenüber der Zentralregierung und den Ländern; aus diesen Zielen und Forderungen selbst läßt sich dabei nur schwer ablesen, ob es hier nun bereits um kollektive kommunale Forderungen geht, oder nur einen bloßen Partikularismus mit lokalborniertem und korporativistischem Charakter, dessen verschiedene Forderungen abgetrennt sind von der Ebene der Thematisierung grundlegender und weitreichender Probleme. Wenn wir von einem weitreichenderen Problem sprechen, dann meinen wir den Entwurf zu einer Alternative, in der sich das Projekt zur Findung eines eigenen politischen Programms mit der Aufgabenstellung einer Restrukturierung der sozialen und politischen Kräfte verbindet. Die Ambivalenz lokal erhobener und kommunaler Forderungen, von der wir eben sprachen, muß dabei in jedem, der in der BRD aktiv ist, in Betracht gezogen werden; geschieht das nicht, dann beinhaltet eine überhebliche Haltung das Risiko, das Kind mit dem Bade auszuschütten, ein Kind, das, kaum geboren, erstmals und nur auf kurze Distanz vernehmlich seine Stimme hören läßt: zu hören ist sie bislang nur auf der Ebene des Stadtteils oder der Bezirksvertretung, in ersten Äußerungsformen eines Strebens nach Gegenmacht oder zu einer räumlich eng begrenzten Selbstverwaltung.

Aus diesen Gründen hat der von Evers und Rodriguez-Lores herausgegebene Band für die BRD wohl den Charakter eines punktuellen und dokumentarischen Prologs, für einen Diskussions-

prozeß, in dem nach und nach das Verständnis des deutschen Publikums sich vertiefen und ausweiten kann (sehr wertvoll sind in diesem Zusammenhang die Artikel von T. Harlander über die regionale Entwicklungsplanung und von H. Bodenschatz über die mehrgemeindlichen Pläne in Bologna). Der Diskussionsprozeß, der dabei in Gang kommen muß, wird nicht nur die Krise der Kommunen, sondern die des gesamten Modells des „welfare state“ thematisieren müssen; dabei könnte sich „Dezentralisierung“ Problemen gegenübersehen, die sowohl in Italien wie in der BRD sehr viel ähnlicher sind, als es heute noch nach den Interpretationen der Technokraten bei der Länder scheinen mag.

Den Beitrag von I. Tömmel haben wir hier an die letzte Stelle gesetzt, weil sich ein zentraler Aspekt ihrer Analyse als extrem aktuell herausgestellt hat: die Verweigerung einer Interpretation Bolognas als „Modell“. Diese Entscheidung erscheint uns besonders bemerkenswert, wenn man bedenkt, wie sehr die deutsche politische Kultur in ihrer systematischen Annäherung an eine durch und durch imperialistische Prägung es erlaubt, sie in ihrer politischen, ökonomischen und untergeordneten sozialen Realität „modellhaft“ zu interpretieren, eben als ein Modell, dessen Ausstrahlung wohl von dort herrührt, daß es als solches auf verschiedenen Ebenen reproduzierbar scheint. Umso wichtiger erscheint demgegenüber nun eine Analyse, die in Bologna und auch anderenorts die sozialräumliche Realität als eine veränderbare Situation interpretiert, als Resultat einer Pluralität von Konflikten und ungelösten Spannungen auf der Ebene der ökonomischen und innergesellschaftlichen Beziehungen. Eine jede, noch im letzten Moment vorgenommene Stilisierung Bolognas zu einem „Modell“, das in seiner Geschlossenheit so etwas wie „Vollendung“ zum Ausdruck bringen will, hat in diesem Fall dieselbe Bedeutung, wie ein Erinnerungsfoto, das einem in der Zukunft glückliche, aber unwiederbringlich verlorene Erinnerungen zurückrufen soll. Sicher, um bei dieser Metapher zu bleiben, Photographien sind beliebig oft reproduzierbar, aber ihre wichtigste Funktion bleibt es doch, die Erinnerung wachzuhalten, vielleicht auch erst in der Zukunft; es kann jedoch nicht ihre Aufgabe sein, mittels der Manipulation einer ganz anders gearteten Wirklichkeit zur Konstruktion von analogen Bildern zu gelangen. In diesem Fall würde das „Modell“ eine besondere Bedeutung annehmen, nämlich so etwas wie Ausdruck einer Gleichgewichtssituation auf dem Wege zur Stabilisierung zu sein, wenn nicht gar, bei Berücksichtigung seiner internen Fluktuationen, als Kristallisation eines linearen und kontinuierlichen Prozesses. Wenn dies auch für die Realität irgendeines anderen urbanistischen Prozesses gelten mag – in Bologna trifft es auf keinen Fall zu; von so etwas wie Linearität kann man nicht sprechen, weil die Konflikte und Auseinandersetzungen zwischen der lokalen Macht auf der einen und der Zentralmacht sowie

einer ökonomischen Machtzusammenballung, die die nationale Grenzen überschreitet, auf der anderen Seite, geradezu mit Bestimmtheit zu Tendenzwenden oder doch zumindestens zu nicht vorhersehbaren Veränderungen innerhalb des hegemonialen Machtblocks wie auch innerhalb der ihm entgegengesetzten Klassenallianz und der sie tragenden Kompromisse führen muß. Wenn es nicht so wäre, dann könnte man Bologna nicht verstehen: den Übergang am Ende der 50er Jahre von einer beschränkten lokalbornierten Politik, die mit Stolz auf ihre ausgeglichenen Budgets verwies, zur Phase einer Politik des „deficit spending“, einer sich ausweitenden Verschuldung, deren Ursache das Bestreben zu einem forcierten Ausbau sozialer Dienstleistungen darstellte (Kindergärten, Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr etc.); im gegenwärtigen Augenblick das Heraufziehen eines Rationalisierungs- und Umstrukturierungsdenkens, das seinen Ausgangspunkt eben in der Last der negativen Haushaltsbilanzen hat.

Noch viel weniger kann man von Kontinuität sprechen; sie könnte nur aufgrund einer bestimmten Hypothese glaubhaft erscheinen: der einer großen Trägheit der Mechanismen des Wandels, die ein graduelles Schritt-für-Schritt-Vorgehen bei Außerkraftsetzung der jeweils vorhergehenden Gleichgewichte möglich machen würde; nur unter solchen Bedingungen könnte der Forscher einen weit größeren Freiraum für rationalisierende Voreinschätzungen in Anspruch nehmen, eine bis ins einzelne gehende Differenzierung der jeweils zutage tretenden Phänomene, so daß es nicht, wie in der Wirklichkeit, unverhofft zu solchen explosiven Situationen kommen könnte, wie wir sie kürzlich in Bologna (mit den Studentenunruhen) zu verzeichnen hatten.

Die Analyse eines „Modells“ muß also ersetzt werden durch die Analyse von Widersprüchen und Konfrontationslinien, ohne im geringsten den Willen und die Entschlossenheit der Kräfte in Zweifel ziehen zu wollen, die mit der Verwaltung und politischen Führung der Kommune beauftragt sind: man muß bei der Analyse der Widersprüche, wie es auch die Autorin sagt, die Diskontinuität der sozialen Kräfte sehen, die bei der Erzwingung der Übergänge zwischen den „Phasen“ eine ausschlaggebende Rolle spielen und schließlich sogar so etwas wie eine Tendenzwende herbeiführen können.

Nur in dieser gerade beschriebenen Weise kann z.B. eine vernünftige Analyse des Phänomens der industriellen Dezentralisierung geleistet werden, die erst in zweiter Linie als Prozeß in Richtung auf die Stärkung einer sehr stark zu relativierenden Autonomie kleiner über die Region verstreuter Kommunen verstanden werden kann (weil eingebettet in Zyklen der Produktivitäts- und Standortentwicklung von viel größerer Dimension). Erst, wenn man die industrielle Struktur in ihrer Verbindung mit der Klassenstruktur und die gemeinsame



Artikulation beider in diesen räumlichen Prozessen untersucht, dann können äußerst nützliche Aussagen über die Instabilität des eben angesprochenen Projektes gemacht werden; erst danach ist es legitim, sich über die Grenzen seiner „Erforschbarkeit“ zu streiten. Analysiert man weiter mit dieser u.E. richtigen Methode den Reformismus der Bologneser Administration bei ihren Übergängen von Widerspruch zu Widerspruch auf immer höheren Ebenen, dann hat das mit dem Wissen darüber zu geschehen, daß dieser Prozeß auf jeder Ebene gesellschaftlich vermittelt ist und diese Vermittlung immer neue verändert laufende konfliktuelle Risse in der gesellschaftlichen Struktur mit sich bringt.

Tömmels in dieser Sichtweise vorgenommene Analyse endet im Jahre 1975; griffe man sie für den weiteren Zeitverlauf auf, dann könnte sie dazu beitragen, auch die sich zuspitzenden Widersprüche in den folgenden Zeitabschnitten zu verstehen; die immer größer werdende Deformation der gesellschaftlichen Institutionen und Organismen hat derartige Einschnitte in ihrer Vermittlungsfähigkeit (zwischen „ökonomischem Zwang“, sozialer Reaktion und politischer Führung) mit sich gebracht, daß die Möglichkeiten eines wohlfahrtsstaatlichen Reformismus tiefgreifend beeinträchtigt worden sind; ein anderer Faktor ist das Herausdrängen der studentischen Komponente an die äußersten Grenzen des Arbeitsmarktes, einer Komponente, die sich doch gerade im Innern der bürgerlichen Stadt befindet.

Gelingt es nicht, diese Vermittlungsfähigkeit, die Hegemonie zurückzugewinnen, dann werden wieder Molotow-Cocktails geworfen und die Verschachtelungen der „systems analysis“ von Luhmann oder auch Habermas werden am allerwenigsten deren Flammen ersticken können.

Übersetzung: A.M. Müller

- 1) Andere Arbeiten über Bologna befinden sich in Vorbereitung; wir erwähnen hier nur zwei: erstens eine Arbeit von D. Bernfeld (Universität Straßburg) im Auftrag des Europarates, in der Forschung zu den Problemen der Dezentralisierung und Partizipation zusammengefaßt werden. Zur weiteren Einführung in die Problematik vgl. auch den Artikel von J. Rodriguez-Lores: Warum Bologna? in: ARCH+ 26/1975; ders. Autor bereitet in Zusammenarbeit mit T. Harlander und H. Bodenschatz auch einen Sammelband von Aufsätzen (zum größten Teil italienischer Autoren) zum Thema Bologna vor, der in 1978 erscheinen wird.

#### Fortsetzung D. R. Frank von S. 58

- 40) Die 'Ringsiedlung', auch Großsiedlung Siemensstadt in Berlin, 1929-32 gebaut, umfaßt 1678 Wohnungen in 24 Häusern, die von 6 Meisterarchitekten gebaut wurden
- 41) O.M. Ungers, Die Stadt in der Stadt, Berlin das grüne Stadtarchipel, Köln 1977
- 42) 'Usonien' war die Vorstellung Frank Lloyd Wright's von der Verschmelzung von Stadt und Land - Broadacre City. 'Town-Country' ist die Alternative, in Ebenezer Howards Schema von den drei Magne-ten, zwischen Stadt und Land.

#### Fortsetzung von S. 38

- schen Studie bemüht hat, weiß um die bis zu offenem Mißtrauen reichende Skepsis, die Sozialwissenschaftlern dort entgegengebracht wird. Eine anschauliche und exemplarische Schilderung liefert Aich, a.a.O., 96-163.
- 5) Als krasses Beispiel aus jüngster Zeit sei auf die im Auftrag des BMFT durchgeführten Forschungen über Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke hingewiesen, wo die Funktion der Wissenschaftler darin lag, Grundlagen für die Entwicklung administrativer und politischer Gegenstrategien zu liefern. Vgl. Schluchter 1977. Zur Sanierungspraxis und der Rolle der Sozialwissenschaft bei Stadtsanierungen vgl. den Überblick bei Siebel (1977).
- 6) Aus dem Bereich allgemeiner theoretischer Analysen sei hier nur auf die grundlegende Arbeit von Offe (1972) verwiesen. Ein Teil der im Arbeitskreis „Lokale Politikforschung“ diskutierten Arbeiten ist unter dem gleichen Titel von Grauhan (1975) publiziert worden. Neuere empirische Belege aus dem lokalen Bereich finden sich u.a. bei Aich (1977), Buse/Nelles/Oppermann (1977) und Keller (1977).
- 7) Die folgenden Darlegungen basieren auf eigenen Erhebungen im Rahmen einer lfd. Untersuchung über Bürgerbeteiligung bei Stadtsanierungen, die in Köln, Oberhausen und Wuppertal durchgeführt wird.

#### Fortsetzung von S. 45

- als politischer Prozeß. Praxisberichte und Analysen zu Reformprojekten in Bologna und ausgewählten deutschen Städten, Köln 1976.
- 23) Vgl. dazu Kevenhörster, Paul: Das Räte-system als Instrument zur Kontrolle wirtschaftlicher und politischer Macht, Opladen 1974; außerdem Naßmacher, Karl-Heinz: Kommunale Gesellschaftspolitik, Vertrauensarbeit und Parteiform, in: ders. (Hrsg.): Kommunalpolitik und Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1977.
- 24) Offe, Claus: Bürgerinitiativen und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus, in: (ders.): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, op.cit., S. 153 ff.
- 25) Grauhan/Linder, op.cit., S. 167 ff.
- 26) Bürgerinitiativen und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus, op.cit., S. 164 ff.
- 27) Grauhan/Linder, op.cit., S. 178/79.
- 28) Ebenda, S. 176-178.
- 29) Vgl. dazu Castells, Manuel: Pouvoir, Systeme urbain et lutte de classes, Le Monde diplomatique, Juin 1976.
- 30) Ausführlicher dazu Evers, Adalbert und Rodriguez-Lores, Juan: Reformstrategien und staatliche Organisationsstrukturen - zur Kritik der politikwissenschaftlichen Grundlagen und Perspektiven einer Theorie der „Politikverflechtung“ von Scharpf/Reissert/Schnabel, in: Leviathan (erscheint demnächst).
- 31) Vgl. zu dieser Position als politisch-praktischer exemplarisch das von der CDU unter Federführung von H. Schwarz erarbeitete Papier zu „Bürgerinitiativen als Problem von Staat und Gesellschaft“, abgedruckt in: Frankfurter Rundschau, 16.2.78.

## ARCH+ Rückschau

Dr. Hans Evers

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzender des Sportausschusses  
Mitglied der parlamentarischen  
Versammlung des Europarates

An den  
Mieterverein Freiburg i. Br. e. V.  
Leopoldring 5

7800 Freiburg i. Br.

Sehr geehrte Herren,

verbindlichen Dank für Ihren Brief vom 13. Dezember und die Übersendung des Sonderdrucks der Zeitschrift ARCH+ und des Landesverbandes südwestdeutscher Mietervereine zu dem Thema „Wer verdient an den Sozialmieten“.

Ich darf dazu mitteilen, daß ich die Analyse von Ruth Becker in ihrem Aufsatz ganz überwiegend teile. Aus diesem Grunde habe ich die beiden anliegenden mündlichen Fragen zu dem Problemkreis an die Bundesregierung gerichtet. Es kommt meiner Ansicht nach darauf an, bei einer Modifizierung der gesetzlichen Bestimmungen zu gewährleisten, daß kein weiterer Rückgang des sozialen Wohnungsbaues eintritt, sondern daß durch geeignete Ergänzungsmaßnahmen der öffentlichen Hand die Subventionierungsmittel in höherem Maße den Mietern von Sozialwohnungen und in geringerem Maße den Eigentümern von Sozialwohnungen zufließen. Dies zu erreichen wird nicht ganz einfach sein. Ich halte die von Ihnen in dieser Richtung ergriffene Initiative jedoch für dankenswert und bin bereit, mich für dieses Ziel einzusetzen.

Wir sollten jedoch zunächst die Antwort der Bundesregierung abwarten, von der ich Sie dann unterrichten werde.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Dr. Hans Evers

Mündliche Frage

Ich frage die Bundesregierung:

1. Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß die kritische Analyse der Mietgestaltung für Sozialwohnungen von Ruth Becker (vgl. ARCH+, Zeitschrift für Architekten, Stadtplaner, Sozialarbeiter und kommunalpolitische Gruppen, Heft 33 und Sonderdruck des Landesverbandes südwestdeutscher Mietervereine e. V. vom 12. Mai 1977) im wesentlichen zutreffend ist?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch Änderung der gesetzlichen Bestimmungen zu gewährleisten, daß die aufgezeigten Vermögensverlagerungen durch die Berechnung und Erhebung der Kostenmiete in Zukunft vermieden werden, ohne daß gleichzeitig die Bereitschaft zur Investierung im sozialen Wohnungsbau herabgesetzt wird, und beabsichtigt die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag entsprechende Vorschläge zur Genehmigung vorzulegen?